

Schulden außer Kontrolle

Die Finnen fordern ein Pfand, die privaten Anleger zögern, und die Griechen verfehlen ihre Ziele: Die Zweifel an der Rettung Griechenlands wachsen.

Solche Schnäppchen hat es auf den Finanzmärkten selten gegeben: Wer den Zusagen von Europas Politikern vertraut, kann mit einer im März fälligen Griechenland-Anleihe eine Rendite von 76 Prozent erzielen. Wenn die Rettung des krisengeschüttelten Mittelmeerranrainers von den Parlamenten Europas wie geplant durchgewinkt wird, kann Griechenland diese Anleihe ohne Abschlag zurückzahlen.

Doch kaum einer will die Schnäppchen kaufen. Zu groß erscheint den Investoren das Risiko: Sie glauben nicht daran, dass die Rettung des von der Pleite bedrohten Landes wirklich funktioniert.

Tatsächlich hat sich die Hoffnung auf ein gutes Ende des griechischen Dramas, die nach dem Sondergipfel der Euro-Staaten am 21. Juli aufkeimte, weitgehend verflüchtigt. Damals schnellten die Kurse für griechische Anleihen kurzfristig in die Höhe, mittlerweile testen sie neue Tiefen aus. Eine im nächsten März auslaufende Anleihe ist inzwischen für 70 Prozent ihres Werts zu haben.

Hinter diesem beispiellosen Kursverlust steht die Erwartung, dass die Griechen die Bedingungen für die Hilfen der Europäer nicht erfüllen können. Es gibt genaue Vorgaben, wie stark die Griechen ihr Haushaltsdefizit senken, ihre Steuereinnahmen erhöhen und ihre Staatsunternehmen privatisieren sollen. Bisher haben sie die meisten Messlatten gerissen.

Die Staatsschulden seien „außer Kontrolle“, stellte vergangene Woche eine Expertenkommission für das griechische Parlament fest. „Es wird größer ausfallen“, sagt selbst der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos über das Haushaltsdefizit, das eigentlich auf 7,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken sollte.

Entscheidend aber wird der Bericht der sogenannten Troika, der Vertreter des internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der EU-Kommission, sein. Deren Experten, die vor Ort in Athen die Einhaltung der griechischen Zusagen kontrollieren sollen,

reisten Ende vergangener Woche erst einmal verärgert ab. Zwei Drittel der Punkte einer kürzlich erstellten Hausaufgabenliste hatte die griechische Regierung nicht rechtzeitig erfüllt.

So haben die Griechen versprochen, bis Ende September Staatsbesitz im Wert von 1,7 Milliarden Euro zu privatisieren. Doch die dafür zuständige Privatisierungsbehörde hat gerade erst ein paar Mitarbeiter eingestellt. Selbst das Versenden einer wichtigen Direktive klappte nicht. „Ich zweifle manchmal an dem ernsthaften Willen der Griechen“, kritisiert der Vorstand einer Frankfurter Großbank.

Hinzu kommt, dass selbst die europäischen Regierungen nicht so recht daran glauben, dass die Griechen in Zukunft ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Finnen forderten im Gegenzug für ihren Beitrag ein Pfand, was die anderen Europäer nicht hinnehmen wollten. Blicke es bei einem bilateralen Abkommen zwischen Athen und Helsinki, wäre das ein „untragbarer Vorschlag und eine Abmachung zu Lasten Dritter“, argumentierte

die österreichische Finanzministerin Maria Fekter – und forderte für die Hilfsmilliarden ihres Landes ebenfalls Sicherheiten. Kein Land der Euro-Zone dürfe privilegiert werden.

Widerstand regt sich auch an der Ostgrenze der Union. Die neuen Euro-Länder wollen sich zwar als zuverlässige Juniorpartner bei der Währungsrettung präsentieren. Doch in der Slowakei ist offen, ob Ministerpräsidentin Iveta Radicova eine Mehrheit für die Erweiterung des Rettungsfonds EFSF bekommen kann. Ihr Regierungspartner Richard Sulik von der konservativen Partei „Freiheit und Solidarität“ nannte die Euro-Rettung einen „Weg zum Sozialismus“, der die EU in eine „Schulden-Union“ verwandelt.

Nun wird ein europäischer Kompromiss zum Pfandrecht gesucht. Die Finanzminister der Euro-Zone können sich vorstellen, finnischen Forderungen nach speziellen Sicherheiten nachzugeben. „Wer Garantien nur gegen ein Pfand vergibt, muss dafür einen Preis zahlen“, sagt der belgische Finanzminister Didier Reynders. „Länder, die auf ein Pfand verzichten, demonstrieren ein größeres Vertrauen in die griechische Politik und müssen daher eine höhere Rendite bekommen.“

Eine Alternative aus Brüsseler Sicht wäre auch, dass die Finnen auf ihr Pfand verzichten und aus der Finanzierung aussteigen. Die Deutschen könnten dann den finnischen Anteil übernehmen. Doch solche Planspiele auf Kosten anderer gefährden die Zustimmung des Bundestags zu den Rettungsplänen Ende September noch mehr.

Und zu alledem kommen die Unwägbarkeiten bei der Beteiligung des privaten Finanzsektors, der über ein kompliziertes Verfahren der Umschuldung auf 21 Prozent seiner Forderungen verzichten soll. Die griechische Regierung drohte in einem Brief damit, die Umschuldung von Anleihen mit einem Nennwert von 135 Milliarden Euro

platzen zu lassen, wenn nicht mindestens 90 Prozent aller Wertpapiere getauscht würden. Bisher haben jedoch nur 60 bis 70 Prozent aller Gläubiger unverbindlich ihre Zustimmung signalisiert. Dass am Ende tatsächlich 90 Prozent der Anleihen getauscht werden, halten beispielsweise die Analysten der DZ Bank für „eher unwahrscheinlich“. Einige Marktteilnehmer könnten darauf spekulieren, dass bei einem Scheitern des ganzen Projekts „eine uneingeschränkte Transferunion mit den stärkeren Euro-Ländern“ kommt.

Deutsche Großanleger müssen bis Freitag bei der Finanzaufsichtsbehörde BaFin melden, ob und wie sie bei der Umschuldung mitmachen.

CHRISTOPH PAULY,
CHRISTOPH SCHULT, ANNE SEITH

